

## Politischer Blick vom Botnanger Sattel

Nach über 15jähriger Zugehörigkeit zur Botnanger Bezirksgruppe und nach 5 Jahren Stadtrat in unserer Landeshauptstadt darf ich heute meine Jungferrede bei Ihnen halten. Das ist für mich ein Highlight und strafft alle, die da meinen, der Prophet im eigenen Land oder im eigenen Stadtbezirk gelte nichts. Die Welt ändert sich und mit ihr die Menschen, das macht Hoffnung meine Damen und Herren.

Grüß Gott und guten Abend. Nach den Wahlen zum Stadtparlament zur Region und zu Europa stehen wir schon wieder vor OB-Wahlen und baldigen Wahlen zum Bund und Land. Erlauben Sie mir daher eine kleine Tour d'Horizon, ein politischer Blick vom Botnanger Sattel. Von dort kann man die Stadt und unseren Stadtbezirk gut sehen. Dies erlaubt mir den einen und anderen bundespolitischen Rückschluss, zumindest soweit es meine Arbeit als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion betrifft.

In einer E-Mail an die Vorstandsmitglieder der Botnanger Bezirksgruppe habe ich gelesen, das Ergebnis der Kommunalwahl sei schockierend. Nun, ich habe meine Wiederwahl als nicht ganz so schockierend empfunden. Zugegeben, die CDU Gemeinderatsfraktion hat vier Sitze verloren. Sie ist aber immer noch die stärkste Partei. Seit es Wahlen zum Stuttgarter Stadtrat gibt, ist dies immerhin das fünftbeste Ergebnis. Der bürgerliche Block hat nach wie vor eine Mehrheit im Rat und die Grünen sind längst in der Realität angekommen. In inhaltlichen und politischen Sachfragen findet sich mit ihnen in weiten Teilen Übereinstimmung. In den urbanen, durch mobile und jüngere Menschen geprägten Innenstadtwohngebieten mit vielen Singels und in den universitätsnahen Wohngebieten Vaihingen, Plieningen und Birkach mit gut ausgebildete Bevölkerungsschichten dominieren die Grünen das nicht-bürgerliche Lager. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Wenn man sie nicht schlagen kann muss man sich mit ihnen verbünden habe ich von Julius Cäsar gelernt. Da zahlt sich die klassische Bildung aus. Ich will nicht verhehlen, dass ich zu denen gehöre, die hier die Hand reichen. Darin sehe ich auch eine Chance, die SPD weiter zu isolieren. Deren Politik ist im Bund und in der Stadt eine Katastrophe. Da hilft auch das telegene Lächeln der SPD-OB-Kandidatin auf den Wahlplakaten nicht.

Ich denke, das sehen die Wähler auch so und hoffentlich bleiben sie bei ihrer Meinung. Nach dieser Gemeinderatswahl steht die SPD auf dem bislang tiefsten Ergebnisstand aller Nachkriegsgemeinderatswahlen: 22,8 % und 14 Sitze im Gemeinderat. Auch das ist gut so. In Botnang hat die SPD mit 0,9 % nur leicht verloren. Klare Gewinner der Kommunalwahl waren die Grünen mit 18,7% und 11 Mandaten. Im Westen mit 29,8 % avancierten sie zu stärksten Partei und in Botnang – obwohl faktisch nicht präsent – legten sie um 2,7 % zu. Die Freien Wähler haben in Botnang eine Hochburg etabliert. Ein Stimmenzuwachs von 5,6 % auf 14,4%, mit dem Erfolg, dass sie nicht nur ein Bezirksbeiratsmandant gewinnen sondern auch mit 7 Sitzen so stark wie noch nie im Gemeinderat vertreten sind. Die FDP, weit weg von früheren zweistelligen Ergebnissen, hat sich mit 6,5 % konsolidiert und konnte knapp, erst nach der Auszählung der panaschierten Stimmen, mit 4 Ratsmitgliedern Fraktionsstatus halten. Ihr stadtweit bestes Ergebnis von 11,7 % mit einem leichten Zuwachs von 0,2% erzielte sie bei uns in Botnang. Das ist weniger gut, denn verlässlich waren sie in der vergangenen Legislaturperiode nur eingeschränkt.

Wenn man politisch erfolgreich sein will, sollte man auch über Strategien nachdenken. Es ist dauerhaft wenig hilfreich, wenn der bundespolitische Erfolg der CDU bei den Allensbacher Umfragen auf den Misserfolg und der Reformunfähigkeit der SPD fußt. In den bundesdeutschen Großstädten verlor die Union flächendeckend an Stimmen auch wenn dies in der Öffentlichkeit vielleicht nicht so deutlich wahrgenommen wurde. Jürgen Rüttgers meint im Spiegel die Parteiarbeit müsse reformiert und programmatisch erneuert werden und Laurenz Meyer ergänzt „wir müssen ein Angebot für die neuen etablierten großstädtischen Gesellschaften und ihr Lebensgefühl bieten“. Ihre Vorschläge sind flächendeckende Ganztagschulen, Krippen und Kindergärten, Umwelt und Verbraucherthemen. Das mag richtig sein, auch für Stuttgart gilt: jeder zweite Haushalt ist ein Einpersonenhaushalt, Alleinerziehende Väter und Mütter oder sog. Dinks dominieren die gesellschaftlichen Strukturen zusammen mit einer hohen Zahl (25%) ausländischer Mitbürger (40% mit Migrationshintergrund) Günther Öttinger warnt, „wenn wir in den Großstädten noch eine Volkspartei sein wollen, muss die CDU in jeder kulturellen Welt die Leute erwischen sonst verlieren wir mittelfristig im ganzen Land“.

Recht hat er und dennoch, die CDU hat vieles in Stuttgart schon vorweggenommen. Ich meine, die CDU und ihr OB waren in den letzten fünf Jahren erfolgreich in dieser Stadt. Wir konnten dies offenbar den Bürgern nicht vermitteln. Wir – und da sind wir alle in der Bezirksgruppe gemeint – konnten den Erfolg für Botnang den Bürgern auch nicht vermitteln. Das Botnanger Rathaus, das Schwimmbad des ASV und die Sportplätze beim ASV und SKG fußen auf Initiativen der CDU im Gemeinderat. Botnang gehört zum sichersten Stadtgebiet in Stuttgart, einer Stadt, die mit Abstand die sicherste Großstadt Deutschlands ist. Mit dieser Leistungsbilanz ist das Ergebnis der Kommunalwahl in Botnang eher mager, auch mit dem Erfolg, dass ein Sitz im Bezirksrathaus verloren ging. Mit 33% CDU-Wähler gehört Botnang zu den schlechtesten Stadtbezirken und mit minus 5,5% gegenüber 1999 auch zu den größten Verlierern, nur noch übertroffen von den Innenstadtverlusten, die bei 5,8 % lagen.

Woran liegt es, dass wir Boden verlieren? Der Spiegel meint, den Bürgern erscheint das Politikangebot der CDU als „zu erstarrt“ oder „zu bemüht aufgesetzt“. Statt sich den Bürgern, ihrer Lebenswirklichkeit und ihren Sorgen zu widmen, bewege sich die CDU „tendenziell autistisch im Raumschiff Ortsverband“. In den kulturellen und intellektuellen Milieus sei die CDU nicht präsent. Das großstädtische Lebensgefühl darf unserer Partei „nicht länger suspekt bleiben“. Ich meine da ist was dran. Ein Weißwurstfrühstück als Kommunikationsforum ist offenbar kein Hit mehr. Wir müssen über Alternativen nachdenken Schockierend wäre nur, wenn wir jetzt nicht die richtigen Weichen stellen und eine Chance für einen Neuanfang nicht wahrnehmen. Ich meine wir müssen für Bund, Land, Städten und Gemeinden eine differenzierte Politik machen, keinen politischen Eintopf sondern Sensibilität entwickeln für unseren jeweiligen Bereich, für die Stadt für den Stadtteil.

Wenn ich dem Bund und der Stadt den Puls fühle, komme ich zu unterschiedlichen Ergebnissen. Dem Bund geht es schlecht. Der Stadt geht es gut. Dem Bund geht es schlecht und der Glaube an eine baldige Genesung fehlt. Sie fehlt besonders bei denen, die mit Müntefering als nächstem Kanzler rechnen. Bei genauer Untersuchung stellt man ein Paradox fest. Viele Menschen haben begriffen wie es um Deutschland steht und dass das Land um einschneidende Reformen nicht herumkommen wird.

Dennoch lösen die zaghaften und langsamen Reformen Proteste aus. Die Bereitschaft zu Veränderung fehlt.

Sie fehlt, weil der wirtschaftliche Niedergang so schleichend erfolgt, dass er kaum wahrgenommen wird. Heute ist nur unmerklich schlechter als gestern. Das allerdings ist schon lange so. Erst ein langfristiger Vergleich zeigt die dramatische Entwicklung auf. Aber dieser Vergleich bestimmt die Lebenswirklichkeit nicht. Deutschland hat in den Jahren des Wirtschaftswunders viel Vermögen aufgebaut. Wenn die Einnahmen nun nicht mehr so reichlich fließen, individuell wie gesamtwirtschaftlich, fängt man an, von den Reserven zu leben. Man merkt auch da nicht so recht wie es abwärts geht. Wir sind zwar überzeugt, dass Reformen notwendig sind, wir haben aber Angst von den unangenehmen Konsequenzen.

Stuttgart ist eine Insel. Es geht ihr und ihren Bürgern gut. Die Finanzen sind in Ordnung. Die Schulden werden konsequent abgebaut ohne dass Investitionen leiden. Die Menschen haben Arbeit, ein reiches Kulturangebot und auch bei einem Ausländeranteil von 25% keine soziale Spannungen, keine hohe Kriminalitätsrate. Stuttgart ein Modellfall für den Bund? Nun ein Vergleich ist schwierig, ich meine aber warum nicht. Im Fußball wird das gerade praktiziert, warum denn nicht auch in der Bundespolitik. Ein Fingerzeig: Klinsmann kommt aus Botnang.

Unser OB, die Kämmerer Dr. Lang und Michael Föll waren und sind Glücksfälle für die Stadt. Und machen wir uns nichts vor. Neben dem sog. Großstadtproblem der CDU ist in dieser Stadt der Produktionsfaktor der Industrie bei Daimler/Chrysler, Porsche, Bosch, Alcatell oder Mahle hoch und hoch ist auch der SPD-Anteil der Arbeitnehmer. Weil es Ihnen noch gut geht, wählen sie SPD und manchen, denen es zu gut geht, deren Drittwagen in den Halbhöhenlagen nicht mehr in die Garage passt, wählen Grün, weil mit Grün Lebensqualität verbunden wird, während die CDU den Ochsenkarren zieht. Die Grünen reden von der Verantwortung für diese Stadt, wir tragen sie. Vermitteln können wir das nicht.

Politik muss Führungsarbeit leisten. Unser OB leistet diese Führungsarbeit. Das ist Kernerarbeit, kein telegenenes Schickimicki, effizient und sachorientiert. Bei diesen Qualitäten muss der politische Gegner dem Bürger Sand in die Augen streuen. Unser OB sei farblos und bürgerfern. Der Bürger wird wählen müssen, zwischen einem farblosen erfolgreichen OB und einem oder einer farbig schildernden Kandidaten oder Kandidatin mit bescheidener Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg. Das müssen wir dem Bürger auch sagen.

Die Schwäche der SPD Führung liegt darin, dass sie von ihrer Basis zurückgepiffen wird, sobald sie sich reformfreudig gibt. Wir brauchen klare Positionen und leider ist für mich das Gedränge der bürgerlichen Parteien in die Mitte eher unglücklich. Das gilt für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo die notwendigen Reformen aus unterschiedlichsten Gründen in 16 Jahren CDU Regierung nicht durchgezogen wurden obwohl diese Jahre aus heutiger Sicht ein Segen für unsere Republik waren. Mitverantwortlich dafür, und so ehrlich muss man sein, ist auch der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl, dessen historisches Verdienst um die Wiedervereinigung leicht dazu verleitet, seine ordnungspolitische Schwächen und sein Mangel an Durchsetzungskraft für diese Aufgaben zu übersehen. Was ihn als Staatsmann auszeichnete, fehlte ihm als Wirtschaftspolitiker. Wie Konrad Adenauer empfand er für die Wirtschaft kein sonderliches Interesse. Im Gegensatz zu seinem großen Vorgänger besaß er aber

kein profiliertes Gegengewicht im Wirtschaftsministerium. Allerdings – und auch das muss gesagt werden – hat die SPD, namentlich die Herren Lafontaine und Scharping Reformbemühungen als „unanständig“ im Bundesrat bekämpft.

Den Denkkzettel dafür haben wir bekommen. Und auch wenn die Probleme nicht fundamental angepackt wurden, haben doch Kriegsangst und eine Überschwemmung die Regierenden an der Macht gelassen. Ein fataler Irrtum des Wählers. Die wirtschaftliche Malaise setzte sich fort und ein untrügliches Zeichen ist die Stimmung im Mittelstand, dem Rückgrat unserer Wirtschaft, vielleicht unsere treuesten Wähler.

Unternehmen jammern ja gerne und viel, über Steuern, Regulierungen und Gewerkschaften. Aber jetzt gewinnt man den Eindruck, der Anteil derer nimmt zu, die einfach genug haben. Die Frustration ist greifbar. Unternehmer, Forscher und Erfinder verlassen das Land, als Privatperson oder mit ihrem Unternehmen. Weil sie die Sonne suchen oder aus steuerlichen Gründen, wie populistisch suggeriert wird. Nein, sie gehen, weil sie von den Bürokraten, der Bevormundung, dem Misstrauen gegen die Leistungsgesellschaft, vom Neid gegen alles, was sich vom Rest abhebt, nichts mehr zu tun haben wollen.

Die CDU in Stuttgart stemmt sich gegen diesen Strom des kollektiven Burn-outs des Mittelstands. Wir betreiben aktive Wirtschaftsförderung, unterstützen Existenzgründer, sponsern die Biotechnologie, schaffen Gewerbeansiedlung, siehe Step – hoffentlich auch im Gebiet Laile/Ruckenäcker - und versuchen durch Kooperationen mit Wissenschaft und Industrie um die Wertschöpfungskette Mobilität Akzente für das nächste Jahrzehnt zu schaffen. Wir wollen die Messe als Schaufenster für unsere Industrie, wir wollen mit Stuttgart 21 ein neues Zentrum schaffen und Stuttgart einen Platz geben in der Achse der europäischen Metropolen. Ein hohes Ziel, aber können wir das dem Bürger verständlich machen? Wir müssen, und die Vermittlung des Verständnisses fängt im Stadtbezirk an, wo denn sonst?

Wir müssen – auch und gerade in Botnang – die Verankerung der Freien Wähler bei den Selbständigen, den Handwerkern und Facharbeitern brechen. Das hohe Panaschierverhalten von 33% für die CDU zeigt, dass sie doch eigentlich bei uns stehen. Es genügt mir nicht, dass sich mein Name auf 495 Wahlzetteln von Freien Wählern in Botnang findet. Ich will, dass mein Name auf einem CDU-Wahlzettel steht. Nur, wenn mein Name auf 235 Botnanger SPD-Wahlzetteln steht, nehme ich das billigend in Kauf.

Stuttgart hat Stärken und Schwächen und diese bestimmen auch die künftige Arbeit im Gemeinderat. Wegen des guten Eindrucks fange ich mit den Stärken an. Dabei berufe ich mich auf einen Großstadtvergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft um diese Stärken nicht subjektiv zu prägen. Nur in zwei deutschen Städten – Mü und FaM - lässt es sich angeblich besser leben als in Stuttgart. Stuttgart kommt beim Wohlstandsniveau und bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf den zweiten Rang. Stuttgart ist der drittgrößte Automobilstandort der Welt und ebenfalls stark ist die Maschinen und Elektroindustrie. Der Standort genießt einen guten Ruf. Wir haben die Langzeitarbeitslosen um 9% abgebaut und mit 8% Arbeitslosen war nur München besser. Es reicht noch nicht, wir müssen und werden verstärkt niederschwellige Beratungs- und Vermittlungsangebote finanzieren und stärken.

Nur 5% aller Einwohner benötigen staatliche Unterstützung. Das ist der fünftbeste Wert der Republik. Dennoch, die Menschen brauchen eine Perspektive. Das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass die Stuttgarter Arbeitsförderung Erfolge zu verzeichnen hat. Dies gilt es zu intensivieren.

Jeder 5. Arbeitnehmer ist hochqualifiziert – der dritthöchste Wert bundesweit – und bei den Beschäftigten in Forschung und Entwicklung liegen wir auf Platz 1. In 18 Universitäten und Fachhochschulen (wer kennt schon diese Zahl) wird der wissenschaftliche Nachwuchs ausgebildet. Unsere Polizei leistet mit einer Aufklärungsquote von 61% aller Straftaten eine hervorragende Arbeit. Wir sind die sicherste Großstadt Deutschlands.

Wo sind die Schwächen? Wir hätten zu viele Gemeindebeschäftigte. Auf 100 Einwohner kämen 2,7 Bedienstete der Verwaltung. Nur 5 Kommunen in Deutschland beschäftigen mehr. Damit kann ich gut leben. Der Stellenplan im Haushaltsjahr 2004 darf nur nicht wachsen. Viel schlimmer: Wer in Stuttgart wohnen will, muss tief in die Tasche greifen. 9 Euro kostet der QM Wohnfläche. Nur in FaM, Dü und Mü sind die Mieten höher. Für Büros müssen 10 Euro/qm bezahlt werden. Nur in 5 Städten sind die Preise noch teurer. Am Erschreckensten aber: In Stuttgart verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss. Wir finden uns hier im hinteren Rang 36, eigentlich unfassbar.

Wohnbaupolitik und Bildungspolitik sind daher die primären Aufgaben. In Bildung investieren heißt weiterer Ausbau für Krippen und Kindertagesstätten, für die verlässliche Grundschule und die Konzipierung eines Maßnahmenpaktes für ein Kinder- und familienfreundliches Stuttgart und dazu gehören auch Spielplätze. Sie haben erfolgreich im Bezirksbeirat dafür gekämpft. Wir werden den OB hierin nachhaltig unterstützen.

Ehrenamtliche Tätigkeit muss stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Arbeit in Vereinen, in Kultureinrichtungen, in Kirchen und sozialen Organisationen, das freiwillige Engagement, die Förderung eines aktiven Vereinslebens muss nicht nur als staatsbürgerliche Pflicht sondern als Aufgabe verstanden werden, für andere Verantwortung zu übernehmen. Wir können als CDU-Mitglieder diese Verantwortung ergreifen in Sportvereinen, Chören, Nachbarschaftshilfen, Kirchengemeinderäten, bei der Freiwilligen Feuerwehr wo auch immer. Wir müssen Präsenz zeigen, Vorbildfunktion ausüben und vorleben.

Die Strukturveränderung des Einzelhandels führt in manchen Stadtgebieten zu ernstesten Versorgungslücken. Für Botnang gilt dies nur eingeschränkt. Die Nahversorgung mit Einzelhandels- und Dienstleistungsgütern ist ein wichtiger Eckpunkt der kommunalen Daseinsvorsorge. Ich unterstütze daher auch das neue Gewerbegebiet hier in der Nachbarschaft.

Wichtig ist für alle Stuttgarter eine vollumfängliche medizinische Versorgung. Der Kostendruck ist enorm. Es wird eine der großen Herausforderung der nächsten Jahre sein, medizinische Maximalversorgung und Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser sicherzustellen. Die CDU befürwortet eine weit gehende Kooperation zwischen den Kliniken Olgahospital, Frauenklinik und Katherinenhospital bei gleichzeitiger Beibehaltung der Eigenständigkeit des Olgahospitals als Kinderkrankenhaus. Eine langfristige Existenz des Klinikums Stuttgart wird nur möglich sein, wenn wir eine Struktur

finden, die nicht nur den medizinischen Notwendigkeiten sondern auch den wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen. Ich glaube, wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Ist die Stadt Vorbild für den Bund? In mancher Hinsicht ja, wenn aber alle Städte eine Leistungsbilanz wie Stuttgart auf den Tisch legen könnten, dürften wir optimistischer in die Zukunft blicken. Der Bund beschäftigt sich mit Symptomkuren. Gemessen an den Übertreibungen der Vergangenheit, auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozialpolitik, bei der Steuerbelastung oder den regulativen Verkrustungen und vor allem bei den nicht genügend ernst genommenen Konsequenzen der demographischen Alterung, ist die Agenda 2010 ein Reförmchen, das sogar noch das falsche Signal aussendet – nämlich, dass eben doch nicht alles so schlimm ist.

Falsch, Deutschland braucht fundamentale Reformen. Privateigentum muss wieder etwas gelten. Leistung muss sich lohnen, Verantwortung übernehmen muss als Norm dienen. Wettbewerb muss zum Leitprinzip der wirtschaftlichen und politischen Ordnung werden. Das mag noch harmlos klingen. Tatsächlich kommt es aber dem radikalen Ruck gleich, den Alt-Bundespräsident Roman Herzog gefordert hat. Es bedeutet Steuern zu senken und zu vereinfachen, große Unterschiede der Einkommen und Vermögen akzeptieren, staatliche soziale Fürsorge auf ein subsidiäres Minimum zu beschränken, mehr zu arbeiten, Scheitern und Versagen in Kauf zu nehmen und vor allem, weniger staatliche Leistungen erbringen. Je mehr der Staat den Menschen gibt, desto mehr muss er von ihnen nehmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden im Bund und in der Stadt. Helfen Sie mit!

Helfen Sie auch mit, unseren OB bei der Wiederwahl nachhaltig zu unterstützen. Es bleiben nur noch wenige Wochen. OB Schuster genießt nicht nur einen tadellosen Ruf, er ist unstreitig ein BM mit hoher Sachkompetenz, vorbildlicher Leistungsbilanz, mit Schaffens- und Tatkraft. Ich kann Ihnen das aus erster Hand versichern, ich durfte es fünf Jahre miterleben und ich will dies auch künftig nicht missen. Werben Sie für unseren OB in ihrem Freundeskreis, in Ihrer Nachbarschaft, am Arbeitsplatz. Sprechen Sie die Menschen auf die OB-Wahl an. Zeigen Sie die fatale Alternative auf. Unsere Stadt darf nicht von einer Gewerkschaftssekretärin geführt werden. SPD und Gewerkschaftsfunktion werden auf den Plakaten schamhaft verschwiegen. Schweigen Sie nicht. Hinter dem schönen Charme eines sozialistischen Lächelns verbirgt sich ein schwarzes Loch an Kompetenz und politischer Hilflosigkeit. Das kennen wir schon vom Bund. Wir brauchen das nicht in unserer Stadt. Reden Sie darüber. Sie helfen uns, Sie helfen sich, Sie helfen Stuttgart.

Vielen Dank